

## **Friede und globale Sicherheit durch gerechtes Wirtschaften: „Global Marshall Plan“**

Wenn wir die Entwicklung seit 200 Jahren betrachten, sehen wir, dass es zu einer Verformung des menschlichen Wertgefüges gekommen ist. Von der westlichen Welt – speziell von Europa ausgehend – ist eine Gesellschaft entstanden, die Gott auf die Seite gestellt hat. Wir erleben eine immer stärkere Zuspitzung auf vordergründige materielle Interessen: Wirtschaft, Genuss, Vergnügung. Es ist eine Unkultur des Egoismus entstanden. Die Ereignisse um die BAWAG sind symptomatisch: Geldgier und Egoismus sind die Wurzel des Übels.

Was ist eigentlich das Grundproblem?

Wir haben seit ungefähr 15 Jahren eine Zügellosigkeit im wirtschaftlichen Geschehen. Das Stichwort Liberalisierung ist als eine positive Botschaft verkündet worden, wird auch weiterhin fast mit religiösem Eifer verfochten und vertreten. Nun klingen „liberal“, „Liberalisierung“ und „Liberalismus“ zunächst ja durchaus nett. Und es ist klar, dass im Gegensatz zum Zwang Liberalismus etwas Positives ist. Das, was wir aber nun als eine geradezu mit religiösem Eifer betriebene Ideologie erleben, ist Schrankenlosigkeit und Zügellosigkeit und ist in dem Sinn ein Freisetzen menschlicher Gier. Das ist das Grundproblem.

Wir wissen, dass jeder Mensch seine zwei Seiten in sich trägt, dass er in diesem Ringen der positiven und der negativen Kräfte sein Leben gestaltet. Wir wissen, dass der Mensch einen gewissen Rückhalt oder Rahmen braucht, damit ein Zusammenleben gedeihlich geschehen kann. Dieser Rückhalt oder dieser Rahmen ist zunächst einmal jener, den ein Ordnungssystem schafft – im Normalfall eben eine staatliche Ordnung mit vielfältigen gesetzlichen Regelungen. Wir leben in einem solchen Gemeinwesen, wir leben in einem solchen Staat: Mit Strafrecht, Verkehrsrecht, Privatrecht, Familienrecht... Wir haben ein dichtes Netz von rechtlichen Regelungen. Das ist der demokratische Wille. „So wollen wir es haben“. Denn die Gesetze sind ja in einem demokratischen System Ausdruck des mehrheitlichen Willens der Bürgerinnen und Bürger. Auf Ebene der Staaten funktioniert dieser Teil des Ordnungsgefüges so recht und schlecht - dort besser, dort weniger gut. In Europa dürfen wir sagen: Wir haben hoch entwickelte Demokratien.

In anderen Teilen der Welt schaut es bereits mit der staatlichen Ordnung katastrophal aus. Diktatur, Willkür, Ausbeutung, auch unter staatlichen Gegebenheiten. Wenn wir aber auf die nächste Stufe gehen - sozusagen über die staatliche Ebene hinaus – dann herrscht mehr und mehr Willkür. Seit Ende der 80er , Anfang der 90er Jahre hat sich durch globale Ereignisse die Welt fundamental verändert. Das eine Ereignis war die Schaffung der Welthandelsordnung 1994, wo die wirtschaftliche Freizügigkeit zum Grundprogramm erhoben wurde. Eine Freizügigkeit ohne Rücksichtnahme auf unterschiedliche soziale Gegebenheiten, ohne Rücksichtnahme auf den Schutz der Umwelt, ohne Rücksichtnahme auf unterschiedliche Lebensweisen und Kulturen. Das ist zum Beispiel ein Problem, das die Bauern in Österreich, in Mitteleuropa derzeit brutal zu spüren bekommen. Sie sind in unmittelbare Konkurrenz geworfen zu Ausbeutungssystemen beispielsweise in Südamerika oder in anderen Teilen der Welt und sollen da mithalten. Das geht natürlich nicht. Sie bekommen sozusagen ein „Schmerzensgeld“ seitens der Europäischen Union, der Republik und der Länder, aber es ist eben Schmerzensgeld.

Übrigens ist es interessant, dass seit dem Herbst vergangenen Jahres Kommissionspräsident BARROSO immer wieder mit der Idee kommt, für Arbeitnehmer, die Globalisierungsoffer geworden sind, auch so ein kleines Schmerzensgeld zu schaffen. Man diskutiert darüber, einen EU-Fonds einzurichten, um eine kleine finanzielle Überbrückungshilfe zu geben an Menschen, die als Opfer der Globalisierung ihre Jobs verloren haben. Das sind meines Erachtens keine Lösungen, sondern sind kleine Trostpflästerchen. Abgesehen davon, dass einige 100 Millionen Euro bei mehr als 20 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Union nichts sind.

Das ist also das eine Grundproblem. Die menschliche Ordnung funktioniert auf der ersten Ebene der Staaten recht und schlecht; sie ist aber auf der globalen Ebene nur punktuell vorhanden. Natürlich gibt es Einrichtungen: Die Vereinten Nationen, die sich um ein friedliches Zusammenleben kümmern sollen. Sie sind weitgehend machtlos. Es gibt mächtige Organisationen wie die Welthandelsorganisation, die aber eine einseitig kapitalistische Doktrin verfolgt. Es gibt die großen Finanzinstitutionen: Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die aber auch der liberalen Doktrin verpflichtet sind.

Dann ist etwas passiert, dass meines Erachtens die politischen Akteure teilweise übersehen haben, teilweise haben sie mitgeholfen, dass das ermöglicht wurde: Die völlige Freizügigkeit der Finanzmärkte auf globaler Ebene. Vor 25, 30 Jahren waren die Kapitalmärkte streng reguliert. Es musste gemeldet werden, wenn man von einer Währung in die andere getauscht hat, wenn transferiert wurde. Heute läuft das unkontrolliert, läuft mit Hilfe des Internet und der Computervernetzung nicht mehr in Geldscheinen, sondern in Beträgen, die in Lichtgeschwindigkeit rund um die Welt „geistern“.

Mit Duldung der Staaten bzw. wohl auch gewollt sind auf der Welt verstreut sogenannte „Offshore-Plätze“ errichtet worden. So genannte Steueroasen, die außerhalb der staatlichen Ordnung liegen. Das sind die Kristallisationspunkte der Spekulation, wo sich tausende und abertausende Milliarden von Dollars häufen und umschlagen. Dort ist die Spielwiese der Spekulanten.

Von dorthin wird auch in einem hohen Maß jener Druck erzeugt, der auf Unternehmensvorstände wirkt. Denn das ist Kapital, das in kurzer Zeit möglichst viel verdienen will. Es geht also um die kurzfristige Kapitalrendite.

Dadurch ist ein Teil der Wirtschaft in einen gegenseitigen Wettlauf hineingetrieben worden: Ich muss als Unternehmer immer hohe Gewinnerwartungen ausweisen, damit ich interessant bin für diese Veranlager: Hedgefonds - spekulative Fonds - die darauf aus sind, wo gerade am meisten zu erwarten ist. Da laufen dann die Geldströme hin. Das ist eines der Grundübel, das zur derzeitigen Situation geführt hat.

Soweit also dieser Teil der menschlichen Ordnungssysteme.

Das noch gravierendere Problem ist, dass wir in einem beachtlichen Teil der menschlichen Zivilisation religiöse Orientierungen verloren haben oder dass sie ganz gezielt über Bord geworfen wurden. Auch das übrigens eine Saat, die von Europa ausgegangen ist - insbesondere im 19. Jahrhundert - und die sich heute in einem Zeitgeist der Ich-Bezogenheit, des Egoismus, der Vergötzung des Menschen darstellt. Übrigens etwas, das P. Herwig BÜCHELE in seinem neuesten Buch: „**Vor der Gefahr der Selbstauslöschung der Menschheit**“ sehr gut darstellt. Daher mein Befund: Wenn wir aus dieser Sackgasse wieder herausfinden wollen, dann wird das mit rein wirtschaftlichen bzw. politischen Korrekturen nicht gehen, sondern es bedarf einer grundlegenden ethischen, geistigen und religiösen Erneuerung, das heißt, da muss der Boden gelegt werden, auf dem ein anderes Handeln der Menschheit sich entwickeln kann. Das ist meines Erachtens die Herausforderung.

Das heißt aber auch, dass Politik gefordert ist. Politische Verantwortung bedeutet ja nicht, dem Zeitgeist hinterzulaufen oder die Tagesprobleme irgendwie zu managen, sondern einen vernünftigen Weg in die Zukunft zu gestalten. Da haben wir sicher Defizite. Wobei wieder die Frage ist, von wo politisches Engagement in Richtung einer Zielorientierung kommen soll, wenn bei einem großen Teil der Akteure ebenfalls der entsprechende Wertbezug oder das religiöse Fundament fehlt. Politiker sind genauso Kinder des Zeitgeistes, das merkt man natürlich.

Daher glaube ich, dass die Religionsgemeinschaften, dass die Kirchen, dass Menschen mit einem religiösen Bezug eine enorm hohe Verantwortung tragen. Denn von wo soll eine Korrektur der geistigen Grundlagen herkommen, wenn nicht von Menschen, die einen Zugang zum Glauben haben und aus diesem Zugang vom Glauben heraus ihre Lebensbereiche gestalten. Ich sage offen heraus, das ist auch meine Motivation.

Ich habe keinerlei politische Funktion. Ich habe keine anderen Funktionen, sondern ich bin einfach von meinem Gewissen veranlasst, wo ich kann, zu einem Nachdenken, zu einem Umdenken und damit hoffentlich auch zu einem geänderten Handeln beizutragen. Gott sei Dank gibt es viele solcher Menschen und das ist unsere Chance.

Durch die Vernetzung, durch eine Art Schneeballeffekt können wir der Zeitströmung des Egoismus, der Genusssucht, der Habsucht, der Ehrsucht etc. eine andere geistige Tiefenströmung entgegenstellen.

Eine Tiefenströmung, die dort ansetzt, wo die christliche Soziallehre meines Erachtens die besten Antworten für die Lösung der bevorstehenden Probleme aufzeigt. Wir brauchen nichts Neues zu erfinden. Wir müssen nur das, was den Schatz der christlichen Soziallehre ausmacht, auf die heutige Lebenspraxis umsetzen.

#### 1. Prinzip – **PERSONALITÄT**:

Personalität heißt, jeder Mensch hat seine Würde und es ist nicht statthaft, auf der Würde von Menschen „herumzutrameln“. Das geschieht derzeit milliardenfach auf der Welt! Das sind nicht nur die immer wieder zitierten 3 Milliarden, die weniger als 2 Dollar pro Tag haben; das sind die Kleinbauern in Afrika oder Südamerika, das sind die Arbeiterinnen und Arbeiter in den asiatischen Regionen. Gestern war zu lesen, dass in der bekannten polnischen Werft in Danzig Sklavenarbeiter aus Nordkorea beschäftigt sind, die natürlich noch billiger sind als die wenig verdienenden Polen. Die Leiharbeit ist ja nichts anderes als eine neue Form der Versklavung von Menschen, indem man sie ihrer sozialen Rechte beraubt und wie eine Ware dort oder da zum Einsatz bringt, damit man die anderen Konkurrenten unterlaufen kann. Das gilt es einmal darzustellen. Wann werden die Gewerkschaftsbewegungen erkennen, dass man nationalstaatlich nur mehr punktuell etwas tun kann und dass es notwendig ist, sich global zu vernetzen: „Auch für uns ist es entscheidend, wie es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in China oder in anderen Teilen der Welt geht. Nur, wenn es gelingt, dort etwas zu verändern, haben auch wir eine Chance, wieder einigermaßen soziale Balance zu halten.“

#### 2. Prinzip - **SOLIDARITÄT**:

Das Einstehen füreinander zu Gunsten des Schwächeren, aber auch die Anforderung, dass sich der Mensch selber solidarisch verhalten muss, etwas in die Gemeinschaft einbringen muss.

#### 3. Prinzip - **SUBSIDIARITÄT**:

Ganz, ganz wichtig in der heutigen Herausforderung. Eine Europäische Union ohne Subsidiarität ist ein Unding. Es ist Unsinn, in Brüssel zentral bestimmen zu wollen, wie die Details des täglichen Lebens geregelt werden. Das können wir noch immer da besser, wo wir sind. Und so schauen auch manche Verordnungen aus. Wenn man in Brüssel vorschreibt, wie irgendein Arbeitsraum eines Bauernhofes sein muss oder wie auf der Almhütte Käse produziert werden darf, dann ist das ein Unding.

Es geht um eigenständige Lebensgestaltung und um Hilfestellung durch die höheren Ebenen.

Für mich gehört zur christlichen Soziallehre moderner Prägung als

#### 4. Prinzip **SCHÖPFUNGSVERANTWORTUNG** dazu:

Wir tragen dafür Verantwortung, dass Schöpfung nicht vernichtet, sondern gepflegt und gestaltet wird.

Hans KÜNG hat mit dem Projekt WELTETHOS seit Anfang der 1990er Jahre versucht, einen gemeinsamen ethischen Nenner für eine vernetzte Menschheit zu entwickeln. Die christlichen Religionen, die fernöstlichen Religionen, alle religiösen Bewegungen haben ethische Werte, auch die humanistischen Traditionen: Ich muss den Anderen so behandeln, wie ich selbst behandelt werden möchte. Wenigstens dieser gemeinsame Nenner – die sogenannte „Goldene Regel“ - müsste möglich sein.

Die Katholische Kirche trägt eine riesige Verantwortung. Sie soll nicht nur soziales Gewissen, sondern auch sozialer Gestalter sein - und das auch in ihrer globalen Strukturierung. Ich glaube, dass hier viel zu viele weiße Flecken existieren, die ausgefüllt werden sollen: Von der kirchlichen Hierarchie genauso wie von der Summe der Gläubigen in ihren jeweiligen bewussten Agieren.

Von dieser Grundlage her baut sich für mich das Konzept „**Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft**“ auf bzw. leitet sich direkt ab.

Es sind im Prinzip zwei Ansatzpunkte:

Den ersten Ansatzpunkt habe ich in der Zeit meiner politischen Arbeit in Österreich entwickeln dürfen: **Ökosoziale Marktwirtschaft**. Ziel ist ein ausbalanciertes Konzept: Auf der einen Seite eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige Wirtschaft, die Tüchtigkeit belohnt, die der Leistung eine Chance gibt. Denn nur dann, wenn es eine dynamische Wirtschaft gibt, ist auch die Möglichkeit gegeben, eine entsprechende Lebensqualität, ein gewisses soziales Niveau und letztlich auch Umweltschutz zu schaffen. Daher ist Wirtschaft kein Selbstzweck, sondern hat dem Erfordernis des Gemeinwohls zu dienen. Das war der Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft. Es geht um eine faire Verteilung dessen, was wir insgesamt in Summe gemeinsam schaffen und erwirtschaften. „WOHLSTAND FÜR ALLE“ forderte Ludwig ERHARD schon 1957. Das war das Neue der Sozialen Marktwirtschaft in Mitteleuropa: Der Tüchtigkeit Chancen geben, für fairen Wettbewerb sorgen und darauf achten, dass in einer solidarischen Haltung alle einen fairen Anteil haben: Arbeitnehmer genauso wie ältere Menschen und Familien. Daher bedarf Soziale Marktwirtschaft gesetzlicher Regelungen zum Schutz der Menschen und ein partnerschaftliches Prinzip im Zusammenwirken zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmern. In Österreich waren wir immer sehr stolz auf die Sozialpartnerschaft, die ein direkter Ausdruck dieses Prinzips ist.

Ende der 1980er Jahre habe ich in meinen Funktionen als Landwirtschaftsminister und Vizekanzler das Thema der NACHHALTIGKEIT in die Soziale Marktwirtschaft integriert. In der Überzeugung, dass es notwendig ist, dafür zu sorgen, dass wir nicht Raubbau betreiben, sondern so behutsam mit dem Lebensraum umgehen, dass auch die nächsten Generationen eine vernünftige Lebenschance haben. Meine Erkenntnis war, dass wir Nachhaltigkeit nur dann wirklich durchsetzen können, wenn es eine faire Kostengerechtigkeit gibt, wenn nach dem Verursacherprinzip der für die Kosten aufkommen muss, der Umwelt belastet. An dem mangelt es nach wie vor. Sehr oft erfolgt Umweltbelastung auf Kosten Dritter.

Wenn wir auf die globale Ebene schauen, wird es umso ärger.

Für Österreich und ansatzweise auch für die Europäische Union können wir sagen, dass es dieses ausbalancierte Modell gegeben hat und zum Teil noch gibt. Einiges ist uns leider in den vergangenen Jahren verlorengegangen. Aber im Prinzip ist Ökosoziale Marktwirtschaft das Europäische Modell.

Im Verfassungsentwurf der EU, der leider aus anderen Gründen abgelehnt wurde, ist dieses Prinzip verankert: Soziale Marktwirtschaft und Umweltschutz.

Auf der globalen Ebene schaut es total anders aus. Hier dominieren Verhältnisse, die weder das Soziale noch das Ökologische kennen, sondern nur die harte Ökonomie im Sinne der Gewinnmaximierung.

Nun ist die entscheidende Frage:

**Kann es einen Weg geben, ein solches ausbalanciertes Modell zum Orientierungsrahmen für die globale Entwicklung zu machen?**

Welche Lösungsansätze haben wir derzeit? Da ist zunächst die neo-liberale Wirtschaftsdoktrin: Freiheit zu Gunsten des Stärkeren. Es gibt den politischen Ansatz der USA. Sie setzen auf militärische Macht. Sie setzen darauf, dass sie die einzige Supermacht auf der Welt sind und regeln die Dinge nach ihrer Vorstellung. Das ist überaus gefährlich, weil dadurch die ohnehin zaghafte Ansätze zu einer multilateralen Gestaltung unterlaufen werden.

Es gibt neue Kristallisationspunkte der Machtentwicklung wie etwa die Volksrepublik CHINA: Eine kommunistische Diktatur mit Brutalität, was Menschenrechte anlangt und mit einer beinhart kapitalistischen Wirtschaft. Das ist eine akute Bedrohung, der wir uns gegenübersehen - nicht nur als wirtschaftlicher Konkurrent, sondern als neue politische Macht.

Daher brauchen wir starke multilaterale Institutionen. Wir müssen alles tun, damit die UNO stärker wird. Wir müssen alles tun, damit globale Einrichtungen wie die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank etc. nicht bekämpft, sondern umgestaltet, reformiert werden. Umgemodelt in Richtung eines fairen Instruments mit sozialen und ökologischen Zielen.

Das ist das zentrale Anliegen des Projektes: „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Wenn es überhaupt eine Chance gibt, in den weltweiten Bedingungen etwas zu verändern, dann nur, wenn es ein Projekt ist, das für die meisten der Beteiligten Vorteile bringt. Das ist die einzige Chance. An dem ist bisher alles gescheitert: Dass die einen etwas fordern, was die anderen ablehnen und umgekehrt.

Wir sagen: Wir müssen dem ärmeren Teil der Menschheit ein attraktives Angebot machen - eine wirkliche **faire Entwicklungspartnerschaft**, die auch etwas kostet, für die auch entsprechende Investitionen getätigt werden müssen. Und auf der anderen Seite müssen wir schauen, dass es im Interesse aller gelingt, soziale Standards, Umweltstandards und faire Standards für die Entscheidungsprozesse zu entwickeln.

Wer ist die Global Marshall Plan Initiative? Das ist im Wesentlichen das Ökosoziales Forum Europa, der Club of Rome, die Stiftung Weltvertrag und weitere Organisationen der Zivilgesellschaft.

Seit 2003 gibt es unsere Initiative. In der sehr kurzen Zeit hat sich viel getan. Aber wir stehen trotzdem erst am Beginn.

Wie schaut das Modell im Konkreten aus?

Nun, das Einmalige am Projekt „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ besteht darin, dass es zwei ordnungspolitische Schwerpunkte umfasst, nämlich die Verbindung zwischen fairen Entwicklungschancen und fairem Wettbewerb.

**Faire Entwicklungschancen für Alle** im Sinne des Global Marshall Plan auf der einen Seite und **fairer Wettbewerb für Alle** im Sinne einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft auf der anderen Seite.

Diese „Zwei-Säulen-Philosophie“ unterscheidet die Global Marshall Plan Initiative von vielen anderen begrüßenswerten punktuellen Aktivitäten.

Zur 1. Säule:

### **Global Marshall Plan – faire Entwicklungschancen für Alle!**

Zu diesem Teil gehören vor allem folgende Vorhaben:

1. Rasche und energische Realisierung der im Jahr 2000 von der UNO beschlossenen Millenniums-Entwicklungsziele, wobei diese Ziele nur einen allerersten Schritt darstellen können.
2. Für die notwendige Mittelaufbringung von zusätzlich etwa 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr unterstützen wir das Ziel, dass jeder Staat 0,7 % seiner Wirtschaftsleistung für die Entwicklungspartnerschaft beisteuern soll. Unabhängig von diesem Ziel halten wir eine zusätzliche Mittelaufbringung für unerlässlich. Aus ordnungspolitischen Gründen schlagen wir vor, dafür in erster Linie eine minimale Abgabe auf globale Kapitaltransfers einzuführen. Ebenso sind aber auch andere Abgaben auf globale Aktivitäten denkbar wie zB eine Abgabe auf Flugbenzin.

3. Damit einzelne Staaten als Empfängerländer am Partnerschaftsprojekt Global Marshall Plan teilnehmen können, müssten sie bestimmte Kriterien erfüllen, wie zB rechtmäßige Regierung, Kampf der Korruption, Transparenz, Einhaltung der Menschenrechte sowie partnerschaftliche Zusammenarbeit im Mitteleinsatz.
4. Im Mitteleinsatz hat zunächst die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele Priorität. Beim Global Marshall Plan darf es nicht um Geschenke gehen, sondern um Hilfe zur Selbsthilfe.

Zur 2. Säule:

**„Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft – fairer globaler Wettbewerb“**

1. Zunächst geht es um eine geistige Umorientierung in Richtung Partnerschaft und Balance. Mittelfristig geht es um die Herbeiführung weltdemokratischer Prozesse und die Durchsetzung von Weltbürgerrechten.
2. Ein erster entscheidender Schritt in Richtung weltweiter Ökosozialer Marktwirtschaft ist die Durchsetzung verpflichtender sozialer und ökologischer Standards für alle Staaten. Zunächst sollten die bereits bestehenden globalen Vereinbarungen für Umweltschutz und soziale Mindestrechte in die Welthandelsorganisation integriert werden.
3. Von immer größerer Aktualität im Modell einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft wird die Schaffung besserer und durchsetzbarer Regeln für die globalen Finanzmärkte. Wie aktuelle Beispiele zeigen, ist es unumgänglich, den Wildwuchs an Spekulation wieder in den Griff zu bekommen.
4. Ebenso dringend sind weltweit geltende Kriterien für die Steuerpolitik. Vorrangig muss es dabei um die lückenlose Ausschaltung sogenannter Steueroasen gehen, um die strenge Kontrolle von „Offshore-Bankplätzen“ sowie um eine vergleichbare Besteuerung der Einkommen aus Erwerbsarbeit und Kapitalrendite. Aber auch die extreme Wettbewerbsverzerrung in der Energiebesteuerung zwischen globalen Transportsystemen und regionalen Transportsystemen muss beseitigt werden.
5. Das mittelfristige Ziel einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft ist die Realisierung eines weltweiten Kohäsionsprinzips – ähnlich dem der EU – sowie ein weltweiter Finanzausgleich zur effizientesten Finanzierung der Welt-Gemeinwohlerfordernisse.
6. Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft will „WOHLSTAND FÜR ALLE“ – aber weltweit und auf Basis ökologischer Nachhaltigkeit. Daher ist die weltweite Durchsetzung des Verursacherprinzips und der ökologischen Kostenwahrheit ein Kernelement.

Soweit das Konzept in aller Kürze.

Nun höre ich immer wieder den Einwand:  
Schön wäre es – aber so ein Konzept hat keine Chance.  
Wie soll so etwas durchgesetzt werden?

Zunächst: Wenn das jeder denkt, dann geschieht sicher nichts.

Daher brauchen wir als erstes Information, Bewusstseinsbildung und eine breite geistige Bewegung von unten. Und dazu kann jeder etwas beitragen – in seinem Umfeld informieren, auf Verantwortliche und Medien einwirken.

Zweitens müssen wir einzelne Parlamente, Regierungen, europäische und globale Institutionen mit diesem Konzept befassen. Wir müssen den Eliten in Politik und Wirtschaft klarmachen, dass es im Eigeninteresse einer demokratischen Ordnung ist, für eine gerechtere Form von Globalisierung zu sorgen.

Es geht schließlich um das Überleben unserer politischen Autoritäten.

Es hilft uns sehr viel, dass inzwischen die meisten der österreichischen Bundesländer in den Landesregierungen und Landtagen beschlossen haben, offiziell die Global Marshall Plan Initiative zu unterstützen. Das gibt uns bei den weiteren Aktivitäten sehr viel Rückhalt.

Ebenso bedeutungsvoll wären offizielle Beschlüsse von Arbeitnehmerorganisationen, von Interessenvertretungen des Mittelstandes, ganz besonders aber die Unterstützung durch kirchliche Organisationen.

Den christlichen Kirchen kommt für die weitere Dynamik der Global Marshall Plan Initiative eine besondere Verantwortung zu. Schließlich geht es um die weltweite Realisierung von Prinzipien christlicher Soziallehre, es geht um den Verkündigungsauftrag der Kirchen und um den glaubwürdigen Einsatz für die Rechte und die Würde aller Menschen.

**Eine gerechtere Welt ist möglich.**

**Tun wir dafür das uns Mögliche!**